

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 63 (1969)
Heft: 9

Artikel: Die Macht des Pentagon : eine Auseinandersetzung über Aussenpolitik und nationale Prioritäten in den USA ; "Das Volk gegen das Pentagon" ; Landesverteidigung im Nuklearzeitalter ; Appell an das Volk ; Hoffnung auf die Jugend

Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-141616>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

erfühlt, und stets ist er sich dessen bewusst gewesen, dass Gottes Friedensbotschaft sich wendet an die Menschen, die eines *guten* Willens sind. Und was ist ein guter Wille? Ein guter Wille läutert sich selbst durch Denken und Fühlen und wandelt den Geist der Verneinung zum Geist der Bejahung. Kein Leid, kein Misslingen, keine Enttäuschung vermochte unsern guten Kameraden davon abzuhalten, seinen eingeschlagenen, religiös-sozialen Weg mit Seelengrösse und in ungebrochener Kraft bis zum letzten Atemzug zu beschreiten. Wie einsam er dabei immer wieder war, wie isoliert er in seinem Nonkonformismus kämpfte, fern allen institutionellen Gebilden und in tiefer Abneigung gegen alles klerikale Geschwätz, das weiss niemand. Aber auch hier genügte das «Tröpflein Gott» und heilte alle Wunden, alle! Denn die Wunden, die eine Menschenseele in ihrer sinnlich-physischen Gestalt erlitten hat, verwandeln sich in ihrer geistigen Gestalt zu leuchtenden Rosen, und aus dem Sumpf der bösen Verneinung wachsen die Siegespalmen eines überwindungsstarken Ja zum Guten — kraft jenes Tröpfleins «Gott», das lischt selbst der Hölle Glut. — Unseres Freundes Andenken verpflichtet uns, auf der Suche nach dem Guten Ja zu sagen, auch zu den «Neuen Wegen».

Herbert Hug

Die Macht des Pentagon

Eine Auseinandersetzung über Aussenpolitik und nationale Prioritäten in den USA

Eine weitere Entscheidung für die USA-Aussenpolitik ist gefallen; der amerikanische Senat billigte vor einigen Tagen mit 51 gegen 49 Stimmen das Projekt der Nixon-Regierung für den Bau des ABM-Systems (anti-Ballistic Missile), das heisst ein System der Abwehr interkontinentaler Raketen mit Nuklearsprengköpfen durch Raketen, welche die anfliegenden Geschosse in genügender Distanz abfangen und zerstören sollen.

Das Abstimmungsergebnis macht deutlich, dass diesem Entscheid lange und heftige Debatten und viele Hearings im Kapitol vorausgingen. Das ABM-Projekt gibt grünes Licht für die Wiederaufnahme des Wettrüstens. Wohl tagt in Genf die Abrüstungskonferenz der 18, aber allfällige Resolutionen dieser Körperschaft und die strategischen Beschlüsse der beiden Grossmächte haben offenbar nur in der Theorie etwas miteinander zu tun. Der Kampf gegen weitere amerikanische Aufrüstung muss im Lande selbst erfolgen. Und es sind Anzeichen vorhanden, dass die Gefahr weiterer massiver Aufrüstung für alle Lebenssphären Amerikas erkannt wird. Ein Beweis dafür, unter anderen, ist *eine Kongresskonferenz zur Diskussion des US-Militärbudgets und der nationalen Prioritäten*, die am 28. und 29. März dieses Jahres in Washington stattfand. Seltsam, dass unsere Presse nichts davon weiss!

Einberufen auf den Anstoss angesehener Senatoren und Abgeordneter beider Parteien und unter Teilnahme bekannter Wissenschaftler und Rat-

geber früherer Präsidenten, befasst sich diese Gruppe von etwa 50 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, wie eingangs erwähnt, mit dem ABM und anderen Waffen im Entwicklungsstadium. Das überragende Interesse lag aber bei der Wiederherstellung der Aufsicht über den militärischen Apparat durch den US-Kongress. Damit in engstem Zusammenhang stand der Kampf gegen die Militarisierung des öffentlichen Lebens, die mit der Fortdauer des Vietnamkrieges immer unheimlichere Formen annimmt.

Die Verhandlungen dieser Konferenz haben in einer Spezialausgabe der Monatsschrift *«The Progressive»* (60 Seiten) ihren Niederschlag gefunden. Wir geben im folgenden die leitenden Gedanken der Konferenz aus dem *«Progressive»* wieder. Besonders wichtig ist, dass die Teilnehmer ihre Äußerungen in jedem Detail nachprüfen und, falls sie es wünschten, vor Veröffentlichung zurücknehmen konnten. Die Publikation bezweckt die breiteste mögliche Diskussion dieser lebenswichtigen Probleme im ganzen Lande anzuregen.

Unter dem Titel

«Das Volk gegen das Pentagon»

machen die Kenner der Machtverhältnisse in den USA auf die Selbstherrlichkeit der *«Nationalen Sicherheits- oder Verteidigungs-Bürokratie»* aufmerksam. Sie umfasst Ausschüsse der verschiedenen Waffengattungen, die Geheimdienstzentrale (CIA), den Nationalen Sicherheitsdienst, die Atomenergiekommission und andere Körperschaften, die im Sicherheitsstatut von 1947 vorgesehen sind. Dieses Gremium von ernannten Amtsinhabern steht in engstem Kontakt mit der Luftraum- (Aerospace) und Rüstungsindustrie, gewissen Sektoren der Arbeiterbewegung und einer ganzen Mittelklasse von Wissenschaftlern, Ingenieuren, Geschäftsleuten und Universitäten mit Forschungsverträgen für die Rüstungsindustrie. Man kann diesen riesigen militär-industriellen Komplex zwar nicht als Verschwörung bezeichnen, aber er ist ein ungeheurer, sich selbst erhaltender Organismus (self-perpetuating) der Macht und bezieht einen derart übermäßigen Anteil der Bundesfinanzen, dass sich kein wirkungsvolles Gegengewicht dazu bilden kann, so dass Beschlüsse, das strategische Vorgehen in Vietnam betreffend oder die Konstruktion des ABM weit eher durch das zusammengefasste Gewicht der Sicherheitsbürokratie als durch überzeugende politische Beratung zustande kommen.

Gegen das enorme Übergewicht dieser Bürokratie gilt es, die Bedeutung der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Einrichtungen der Nation wieder zur Geltung zu bringen. Allein im Jahre 1967 erreichten die mit dem Militär zusammenhängenden Ausgaben, bescheiden ausgedrückt, 100 Milliarden Dollar, das heisst mehr als die gesamten Aufwendungen von Bundes-, Staats- und Lokalbehörden für Gesundheit, Erziehung, Altersfürsorge, Wohlfahrt, Massnahmen gegen Arbeitslosigkeit und für die Landwirtschaft ausmachten.

Wegen *«Mangel an Mitteln im reduzierten Bundesbudget für 1970»*, wie die offizielle Begründung lautet, müssen also 10 Millionen Amerikaner

hungern, 20 Millionen unter dem sehr niedrig angesetzten Existenzminimum vegetieren und mehr als 20 Millionen in menschenunwürdigen Behausungen leben. Dasselbe, das heisst der angebliche «Mangel an Mitteln», ist schuld an der Kürzung der Krankenfürsorgen. Und so fort.

Den in immer kürzeren Intervallen auftretenden lokalen Rassen- und Armutskrisen sucht man durch die Ausbildung von zusätzlichen 400 000 Nationalgarden und Hilfspolizei zum Niederschlagen von Strassenaufständen zu begegnen. Der Einsatz militärischer Macht zur Lösung sozialer und politischer Probleme beweist erschreckend, wie untauglich die normalen Methoden der Konfliktlösung in Amerika geworden sind.

«Die stärkste Macht der Welt sein» birgt ausser wirtschaftlichen und politischen Begleiterscheinungen auch psychologische Elemente, die die Amerikaner nicht gern zur Kenntnis nehmen. Sie verfehlen nie, der Welt das Image der US-Macht einzuprägen und zu zeigen, wieviel sie sich das kosten lassen — sie sind weniger bereit, andere Opfer zu bringen. Amerika zählt 6 Prozent der Weltbevölkerung und verbraucht über 60 Prozent der Güter und Hilfsquellen der Welt. Die Amerikaner sind überzeugt, dass ihr «way of life», ihre Geschäftsgebarung, unübertrefflich sind und dass der Kapitalismus das beste Instrument für die Entwicklung zurückgebliebener Völker ist. So stellt es sich denn heraus, dass die amerikanische Aussenpolitik nicht so sehr die nationale Reaktion auf Bedrohung Amerikas durch andere Nationen ist, wie man die Amerikaner glauben machen will. Sie stellt einfach den Überlegenheitsanspruch amerikanischer Institutionen gegenüber der Welt dar.

Statt zu fragen: Was haben wohl die Russen oder die Chinesen gegen die USA im Sinn?, sollten die Amerikaner fragen: «Was haben wohl wir Amerikaner wieder vor?» Mit blossem Antikommunismus als nationalem Credo werden sie die Psychose der Gewalt und Zerstörung, «die amerikanische Tragödie» nie überwinden.

Die Ziele (priorities) Amerikas fanden ihren Platz einst in der amerikanischen Verfassung. Die Väter der Nation wollten «eine vollkommenere Einheit erstreben, die Gerechtigkeit sichern, für Ruhe im Innern des Landes und für die Verteidigung des Landes sorgen».

«Eine vollkommenere Einheit erstreben» heisst aber heute den tragischen Riss zwischen dem weissen und dem schwarzen Volk innerhalb der Nation überwinden.

Gerechtigkeit sichern bedeutet ein Ende der Ausbeutung der Armen und der Schwachen und die Garantie wirklicher Rechtssicherheit. Organisiertes Verbrechen raubt der amerikanischen Nation jährlich etwa 22 Milliarden Dollar und lässt Tausende von Morden ungesühnt, eine Tatsache, die nicht in den Statistiken erscheint.

«Ruhe im Innern des Landes» bedeutet, dass die Polizei zum wirksamen Diener einer pluralistischen Gesellschaft ausgebildet werden muss. Heute ist sie von der Bevölkerung isoliert.

Sie soll der Situation der nächsten Jahre gewachsen sein, da 20 Millionen Amerikaner in die Städte strömen werden, weil sie ihren Unterhalt auf dem

Lande nicht mehr finden; das bedeutet jedoch bei der heutigen Einstellung der Polizei das Chaos.

In den nächsten Jahren werden auch Millionen von Studenten gegen Institutionen rebellieren, die ihnen keine Verantwortung überlassen, den jungen Leuten eine Laufbahn anbieten, die sie verabscheuen und sie schliesslich in Kriegen zugrunde gehen lassen, für die sie keine Notwendigkeit sehen. Diese Studenten werden das einzige Segment der Gesellschaft, in welchem sie etwas zu sagen haben, die Schulen und Universitäten, lahmlegen. Das ganze Rechtswesen, Polizei, Gerichte und Strafvollzug, muss angesichts solcher Gefahren reorganisiert werden, wenn die Ruhe im Lande Tatsache werden soll.

Landesverteidigung im Nuklearzeitalter

schliesslich heisst nach neuen Wegen der Zusammenarbeit suchen, heisst internationale Institutionen ausbauen, die die Rüstungskontrolle und Abrüstung ermöglichen. Die strategischen Pläne der amerikanischen Militärförderung entsprechen keineswegs den verfassungsmässigen Verpflichtungen. Die Debatte in amerikanischen Militärkreisen verschiebt die Grundfrage der Verteidigung neuerdings vom *Verhindern* eines Nuklearkrieges auf das *Überstehen* eines nuklearen Konflikts.

Es gibt aber heute *nur eine Verteidigung: den Frieden sichern*. Das bedeutet in diesem Zeitpunkt: keine weiteren Waffenerprobungen, keinen weiteren ABM-Ausbau, sondern Rüstungsbeschränkung und Abrüstungsvereinbarungen mit der Sowjetunion und andern Staaten.

Wie können wir dafür sorgen, fragen sich die Teilnehmer der Konferenz, dass unsere nationalen Prioritäten sich durchsetzen? Präsident Nixon wird die Militärausgaben ebensowenig unter Kontrolle bringen können wie seine Vorgänger. Es liegt am Kongress, sich heute wieder die Aufsichtsfunktion über die Militärbürokratie und die politischen Entscheidungen, die sie sich angemastet hat, zu sichern. Dies ist nur möglich bei energischer Kongressführung, die von einer breit gelagerten und *gut informierten Wählerschaft* unterstützt wird. In den letzten Jahren wurden das Militärbudget und die Beratungen über das Bewaffnungskonzept ausschliesslich vom Pentagon und den Militärausschüssen diskutiert, ohne kritische Einsichtnahme durch den Kongress oder die Öffentlichkeit. Letztes Jahr (1968) hielt das Militärkomitee des Abgeordnetenhauses monatelang Vernehmlassungen zum Militärbudget ab, doch unter Hunderten von Zeugen gab es nur zwei, die nicht im Pentagon angestellt waren.

Der Angriff auf die Stellung des Pentagon wird sicher auf eine Menge von Hindernissen stossen. Einmal hat das Pentagon die Möglichkeit, sich gegenüber Hunderten von Fragen, die Probleme klären könnten, hinter die Geheimhaltungspflicht zu verstecken. Diese mag in manchen Fällen nötig sein, wird aber übertrieben ausgedehnt. Eine der Forderungen vor dieser Konferenz geht denn auch auf eine massive Reduktion der Geheiminformation (classified information). Hinzu kommt, dass bis vor kurzem, das heisst bis gegen Ende der Präsidentschaft Johnsons, eine grosse Mehrheit des ameri-

kanischen Publikums und entsprechend auch sehr viele Abgeordnete bereit waren, jede Forderung zu akzeptieren, wenn sie in die Flagge eingewickelt war oder wenn die militärischen Höchstgalonierten erklärten, dies oder jenes sei für die Sicherheit des Landes notwendig.

Senator McGovern, der dem Rebellenkongress angehörte, hatte ein weiteres Argument beizutragen. Gerade im Falle der Verhandlungen um ABM hörte McGovern Wissenschaftler, Experten von höchstem Rang, beweisen, dass ABM ein Fehlschlag sei und warum es nicht taue. Es erfolgte nie eine Bau des ABM nicht militärischer oder wissenschaftlicher, sondern wirtschaftlicher und politischer Natur waren. Das ABM war ein Stück Arbeitsbeschaffung, wie es deren schon mehrere in den USA gab. Die Ausbeutung sachliche Antwort von seiten der Befürworter der Waffe. Diese und weitere Beobachtungen führten McGovern zum Schluss, dass die Gründe für den des Gefühls nationaler Gefährdung, das manchmal an Paranoia grenzt, hielt manche Kongressmitglieder davon ab, gegen ein Projekt mit der Etikette «Verteidigung» zu stimmen, aus Furcht, von ihren Wählern kritisiert zu werden. Zudem hat das militärische Establishment durchaus legale, enorme Gewinne und Vorteile für jene Staaten und Gemeinden bereit, deren Kongressmitglieder keine Spielverderber sind. Eine Wiederwahl in den Kongress mochte wohl von der Zustimmung zu einem Projekt wie ABM abhängen.

Appell an das Volk

Eine Möglichkeit, den Angriff gegen die Bürokratie des Pentagon vorzutragen, liegt, wie Raskin, Mitglied des Repräsentantenhauses, meint, in einer stetigen, möglichst konsequenten Kontrolle aller nationalen Sicherheitsinstitutionen. Noch weiter geht der Vorschlag eines Appells an die Kongresswähler, der heute aussichtsreich ist. Es handelt sich darum, Budgetdiskussionen in den Bundesstaaten abzuhalten, auf denen man den Wählern die ganz simple Frage vorlegt: «Wie sollen eure Steuern verwendet werden? Wir geben heute 90 Prozent von eurem Steuerdollar aus, um für diesen und vergangene Kriege zu zahlen. Seid Ihr einverstanden damit?»

Es gibt zwar Mitglieder des Kongresses, die bis vor kurzem lieber Ausgabeposten für Schulen, ärztliche Hilfe zu kürzen und Spitäler zu schliessen bereit waren, als dass sie Kredite für neue Waffen ablehnten. Wenn sie sich aber heute vor ihren Wählern zu verantworten hätten, so würden sie sich ihre Stellungnahme zweimal überlegen.

Für den Kongress, schlug Professor Morgenthau vor, soll ein Ausschuss beider Kammern die Projekte des Verteidigungsministers der gleichen scharfen Prüfung unterziehen, wie sie die Projekte des Wirtschaftsministeriums erfahren. Vietnam hat das Misstrauen gegenüber dem Militär enorm verstärkt.

Man wird zur Sprache bringen müssen, wie dies einer der Kongressrebellen, der Wirtschaftler Professor Schultze, nachwies, dass selbst wenn in Vietnam Friede gemacht wird und die US ihre Truppen zurückziehen,

das Verteidigungsbudget Amerikas nicht erleichtert wird, denn es sind so viele neue Waffensysteme und Ergänzungsbestellungen bereits in Auftrag gegeben, dass sie den Ausfall von Vietnam längst übertreffen. Es gibt auch genug Kenner der Vietnam-Situation, die davon überzeugt sind, das Vietnam-Unternehmen werde sich noch Jahre hinausziehen.

Wenn es auch Leute gibt, die sich von den widersprüchlichen Erklärungen des militärischen Establishment noch beeindrucken lassen, so geht doch heute durch die USA eine Anti-Militär- und vor allem Anti-Krieg-Stimmung, zu deren Sprachrohr sich der Rebellenkongress zu machen gedenkt.

Hoffnung auf die Jugend

Eine grosse Hoffnung setzt diese Gruppe auf die junge Generation. Wenn die jungen Leute die amerikanischen Institutionen studieren und sie mit jenen anderer Länder vergleichen — der Krieg in Vietnam hatte mindestens das Gute, sie auf Probleme aufmerksam zu machen —, so sehen sie vor allem, was Amerika auf dem Gebiete des Tötens und Zerstörens leistet. Sie sehen, wie Amerika riesige Summen für militärische Unternehmungen ausgibt, die keine Probleme lösen, dafür aber eine Menge neue schaffen. Sie sehen, wie diese Gesellschaft unsere Umwelt verwüstet, Wasser und Luft verseucht, dies alles im Namen des «Fortschritts». Sie wissen, dass man statt dieses letzten Wortes besser «Profit» einsetzen würde.

Sie sehen dies alles und verabscheuen die Helfershelfer dieses Prozesses. Wer in Amerika mit den jungen Leuten in Kontakt steht, weiss, dass im Protest der Jungen gegen die amerikanische Gesellschaft und gegen die Werte, die in den letzten Dezennien das öffentliche Leben in den USA beherrschten, eine begrüssenswerte Reaktion liegt. Die Jungen protestieren zu Recht gegen Auffassungen von Gesellschaft und Individuum, gegen einen nationalen Egoismus und einen Begriff von nationaler Sicherheit, die aus einem vor-nuklearen Zeitalter stammen. *Red.*

«Im Zeichen des Friedens»

Zwei amerikanische Wissenschaftler, die die verwüsteten Gebiete in *Vietnam* genau erforschten, haben ausgerechnet, dass 1968 nicht weniger als 2 600 000 Bombenkrater, bis zu 10 m tief und 15 m im Durchmesser, nach den Bombardements durch B52 zurückblieben. Das Bombardement geht weiter.

Ein Bild, das diese Legende begleitet, zeigt ein Feld von Kratern mit der amerikanischen Flagge und dem schönen Ausspruch Nixons bei Gelegenheit der Mondlandung:

«Wir kommen im Zeichen des Friedens für die ganze Menschheit.»

«New Statesman», 15. August 1969